

23.03.2011

Kein neues Ladenöffnungsgesetz

23.03.2011, 17:24 Uhr | dapd

Potsdam (dapd-lbg).

Die FDP-Fraktion ist im Brandenburger Landtag mit einem Antrag gescheitert, die Regelung von Ladenöffnungszeiten zu lockern. Der von der Fraktion vorgeschlagene Gesetzentwurf wurde am Mittwoch mehrheitlich abgelehnt. Allerdings räumte Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) ein, es gebe "einige Regelungen, die man sich anschauen muss". Er kündigte Gespräche mit Händlern, Gewerkschaften und Kirchen im Land an.

Die FDP hatte gefordert, die derzeitige Begrenzung auf wenige Warengruppen, die sonntags verkauft werden dürfen, zu lockern. Die Einschränkungen seien "schlecht für das Tourismusland Brandenburg", sagte der wirtschaftspolitische Sprecher **Raimund Tomczak** vor dem Landtag. Eine Erweiterung des Warenangebots zum Beispiel auf Bekleidung, Schuhe oder Kosmetik sei zudem eine direkte und unbürokratische Förderung des Mittelstands, ohne dass dabei Kosten für das Land entstünden.

Der Linke-Arbeitsmarktexperte Andreas Bernig entgegnete, dass es bereits genug Ausnahmen bei den Regelungen zu Ladenöffnungszeiten gebe. Zudem bedeute Tourismus in seinen Augen, "Sehenswürdigkeiten anzusehen und nicht für Sportkleidung und Schminke anzustehen".

Tags zuvor hatte sich Brandenburgs Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) in einem Brief an Wirtschaftsminister Ralf Christoffers und Arbeitsminister Baaske gewandt. Darin bat er die Minister, dem Gesetzentwurf der FDP zuzustimmen. Die Potsdamer Innenstadt werde am Wochenende von Tausenden Tagestouristen belebt, die nicht nur Kaffee trinken, sondern auch Einkaufen wollten. "Wenn wir darauf nicht reagieren, werden wir bald sterbende Innenstädte bedauern müssen", hatte Jakobs gewarnt.

Baaske rief Ladeninhaber in Potsdam dazu auf, erneut das Gespräch mit den Ordnungsämtern zu suchen. Als Beispiel nannte er einen Töpferladen, dem offenbar Zwangsgelder angedroht wurden. Handwerkskunst aus der Region gehöre auch jetzt schon zu den Warengruppen, die verkauft werden dürften, sagte Baaske. Einer radikalen Gesetzesänderung erteilte er eine Absage. Er wolle sich aber für eine "vernünftige Lösung" einsetzen und Gespräche mit den beteiligten Interessengruppen führen.